

Region

«Die Jugend ist in manchen Dingen der Zeit voraus»

Täuffelen Heute stimmt der Nationalrat über die Einführung des Stimmrechtsalters 16 auf nationaler Ebene ab. An vorderster Front dafür eingesetzt hat sich der Täuffeler Benjamin Klaus.

Vanessa Naef

Der Seeländer Benjamin Klaus ist 22 Jahre alt und Co-Präsident des Forums der Jugendsession. Für dieses lobbyiert er im Bundeshaus. Einmal im Jahr organisiert die Jugendsession eine Debatte für 14- bis 21-Jährige. Er studiert in Rapperswil (SG) Raumplanung. Mitglied einer Partei ist er nicht, da er unabhängig bleiben wollte: Die Jugendsession soll offen sein für alle politischen Einstellungen. Auch jene sollen sich einbringen können, die vielleicht noch nicht besonders politisch sind.

Benjamin Klaus, 16-Jährige zahlen keine Steuern, sie dürfen nicht Auto fahren. Weshalb sollten sie abstimmen und wählen dürfen?

Benjamin Klaus: 16-Jährige haben das Wissen, um entscheiden zu können, was ihnen zusagt. Sie nehmen am gesellschaftlichen Leben teil. Ich finde es schade, wenn sie an der Urne nicht mitbestimmen können. Man könnte die politische Bildung verstärkt in die Volksschule integrieren. Dort würde man Jugendliche aus unpolitischen Haushalten erreichen. Das Medianalter der Wählenden in der Schweiz ist bei 57 Jahren und steigt an. Mit dem Stimmrechtsalter 16 könnte man diesen Schnitt zwar kaum verjüngen. Aber wir können ein Zeichen setzen, dass die Jugend die Zukunft ist, und wir sie anhören.

Welche Themen würden mehr Gewicht erhalten, wenn 16-Jährige abstimmen könnten?

Jugendliche nehmen eine andere Perspektive ein. Es geht nicht unbedingt darum, dass neue Themen aufs Tapet kommen. Natürlich gibt es den Klimastreik, der vor allem von den Jungen der linken Seite thematisiert wird. Aber es geht mehr um die Sichtweise. Es gab an der Jugendsession, die es seit 1991 gibt, schon viele Forderungen, die dann 20 Jahre später umgesetzt wurden. Die Jugend ist in manchen Dingen der Zeit voraus.



Was spricht weiter für eine Senkung des Stimmrechtsalters?

Junge entscheiden über ihre Ausbildung, das ist ein schwierigerer Entscheid für Junge, als eine Abstimmung. Ich glaube, Jugendliche sind bereit, man sollte ihnen nur noch das Recht zugestehen.

Waren Sie mit 16 Jahren politisch so interessiert, um sich an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen?

Ja, ich hätte als 16-Jähriger sehr gerne abgestimmt. Deshalb setze ich mich dafür ein. Das wollen sicher nicht alle. Aber jenen, die wollen, sollte man es ermöglichen.

Das Interesse für Politik ist sicher nicht bei allen so ausgeprägt.

Das denke ich auch. Deshalb ist es wichtig, die Jugendlichen dort abzuholen, wo sie sind. Sie müssen

nicht bei jeder Abstimmung mitmachen. Sie können sich dort beteiligen, wo sie sich betroffen fühlen. Das hat sich auch im Kanton Glarus gezeigt, wo das Stimmrechtsalter 16 bereits eingeführt worden ist: Die Jugendlichen nehmen nicht immer teil. Aber es gibt Themen, bei denen im Vergleich zu anderen Altersgruppen viele abstimmten. Das zeigt, dass die Jugendlichen gerne mitbestimmen möchten, wenn sie betroffen sind.

Wie nehmen Sie das in Ihrem Umfeld wahr?

Selber bewege ich mich in einem politisch interessierten Umfeld. Als Zivildienstleistender bei einer Schulklasse in Dotzigen habe ich aber gemerkt, dass es einen gewissen Anteil interessiert, andere jedoch weniger und es auch schwierig ist, diese zu motivieren.

In der Abstimmung über das Tabakwerbeverbot schrieb der Bundesrat: «Kinder und Jugendliche sind besonders leicht beeinflussbar und empfänglich für Werbebotschaften.» Wenn argumentiert wird, dass Jugendliche die Folgen von Tabakkonsum nicht abschätzen können, und man sie vor Werbung schützen soll, weshalb sollten sie dann komplexe Abstimmungsvorlagen und ihre Folgen beurteilen können?

Die Folgen abzuschätzen ist nicht einfach. Auch andere Teile der Bevölkerung sind sich den Auswirkungen einer Abstimmung nicht bewusst. Umso wichtiger, dass man die Jugendlichen früh abholt. Wenn man es mit 16 nicht schafft, dann wird man es auch später nicht schaffen. Ich bin nicht sicher, ob 50-Jährige besser oder reflektierter Entscheidungen fällen.

Die rechte Seite sagte, wir können die Jungen dem Tabak aussetzen. Gleichzeitig wollen sie ihnen nicht die Verantwortung geben, eine Entscheidung zu treffen. Sie können selbst über den Konsum entscheiden, aber man will sie nicht anhören bei politischen Belangen. Es geht nicht darum, alles immer zu 100 Prozent abschätzen zu können.

Das Stimmrechtsalter 16 würde nur das aktive Stimmrecht umfassen. Das passive Stimmrecht, also für ein Amt kandidieren zu dürfen, jedoch nicht. Das aktive und passive Stimmrecht sollten zusammengehören, argumentierte die staatspolitische Kommission des Nationalrats.

Mit 18 kandidiert kaum jemand für den Gemeinderat. Ich finde es kein Problem, wenn man zwei Jahre warten muss, bis man ge-

wählt werden kann. Es wäre ein Vorteil, wenn man nicht alle Rechte und Pflichten auf einmal erhält.

Verschiedene Kantone haben bereits darüber abgestimmt. Alle ausser Glarus haben abgelehnt. Ist das Bedürfnis wirklich gross genug?

Ja, der Aufwand lohnt sich, denn eine breite, schweizweite Diskussion fehlt noch. Es ist wichtiger, dass wir die Debatte im ganzen Land führen, als darauf zu beharren, dass manche Kantone dagegen waren.

Wie schätzen Sie die Chance ein, dass die parlamentarische Initiative im Nationalrat angenommen wird?

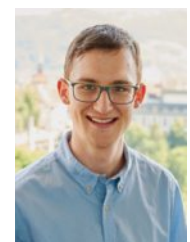
Ich glaube daran, dass wir eine knappe Mehrheit im Nationalrat erreichen können. Nach dem Nationalrat kommt das Anliegen wieder in den Ständerat. Dort dürfte es schwieriger werden. Danach käme es zu einer Volksabstimmung. Ich glaube an eine Mehrheit im Volk, umso mehr, falls das Parlament das Anliegen unterstützt.

Wie fühlt es sich an, schon so jung politische Luft im Bundeshaus schnuppern zu können?

Es ist schon speziell, in diesem Gebäude zu sein, in dem alle Stricke der Schweiz zusammenlaufen. Gerade in der Wandelhalle wird die Politik gemacht. Meistens sind die Entscheidungen schon vor dem Saal gefällt. Ich merke allerdings, dass wir von der Jugendsession als ehrenamtliche Lobbyorganisation einen viel kleineren Einfluss haben, als professionell tätige Lobbyisten.

Benjamin Klaus an der letzten Jugendsession mit dem damaligen Nationalratspräsidenten Andreas Aebi.

ZVG/INDRA CRITTIN



Benjamin Klaus
Co-Präsident
Forum
Jugendsession